



**Unsere Zukunft
wächst hier.**

**Gestalten wir
sie gemeinsam.**

Das GRÜNE Wahlprogramm

Kreis Harburg-Land 2026



Unsere Zukunft wächst hier. Gestalten wir sie gemeinsam.

Der Landkreis Harburg steht vor echten Herausforderungen: Klimawandel, Energiewende, demografischer Wandel, steigende Kosten, nachhaltiges Wirtschaften. Diese Aufgaben gehen wir an, weil kluge Politik die Lebensgrundlagen sichert, von denen unser Alltag abhängt: Sauberes Wasser, gesunde Böden und Landschaften, bezahlbares Wohnen, gute Arbeitsplätze, verlässliche Versorgung, inklusive Bildung und soziales Miteinander.

Wir verbinden Naturschutz und Landwirtschaft, Klimaschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir setzen auf eine Energiewende, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und deren wirtschaftlicher Nutzen vor Ort in unseren Gemeinden bleibt. Grün denken, heißt rational und realistisch Zukunft schaffen: Nur wer heute nachhaltig vorsorgt, schützt Menschen, Natur und Haushalt zugleich.

Wir setzen auf Zusammenarbeit statt Gegeneinander, auf gemeinsame Gestaltung statt auf Spaltung und das unverhandelbar demokratisch, freiheitlich und sozial. Denn die Gestaltung unserer lebenswerten und nachhaltigen Zukunft gelingt nur, wenn sie für alle da ist.

Zukunft grün gestalten

Wir GRÜNE im Landkreis Harburg treten an, weil wir überzeugt sind: Eine gute Zukunft entsteht nicht von allein, wir müssen sie bauen. Klug, verantwortungsvoll, nachhaltig und gemeinsam.

Unser Landkreis hat viel, worauf er bauen kann: über 55 Fließgewässer, ausgedehnte Wälder, Wiesen- und Heideflächen, fruchtbares Ackerland, lebendige Städte und Dörfer, eine wachsende Bevölkerung und die Nähe zur Metropole Hamburg. Diese Lebensgrundlagen sind keine Selbstverständlichkeit. Sie hängen zusammen und an ihnen hängen unsere Lebensqualität und unsere Gemeinschaften.



Eine intakte Natur ist die Grundlage für ein gutes Leben. Sie sichert sauberes Wasser, fruchtbare Böden, eine verlässliche Nahrungsmittelversorgung, Schutz vor Extremwetter und eine hohe Lebensqualität. Artenvielfalt und Naturschutz sind Teil moderner Daseinsvorsorge. Wer sauberes Wasser, sichere Ernährung, Schutz vor Hochwasser und Hitze, unsere Lebensgrundlagen und eine lebenswerte Heimat erhalten will, muss Natur und biologische Vielfalt schützen. Das eine gibt es nicht ohne das andere. Natur- und Klimaschutz sind mehr als Umweltpolitik, sie sind Gesundheits-, Sicherheits- und Zukunftspolitik.

Zukunft entsteht nur mit Gerechtigkeit. Wir stehen klar für die Vielfalt des demokratischen Miteinanders und gegen Polarisierung, Ausgrenzung und autoritäre Tendenzen. Wir wollen starke und lebendige Gemeinschaften, deshalb stehen wir für Inklusion, soziale Sicherheit und Solidarität, Vielfalt und Toleranz, starkes Ehrenamt und Engagement und setzen auf die Kraft des Dialogs: Zuhören, diskutieren, abwägen, gemeinsam entscheiden und verantwortlich handeln.

Gemeinsam gerecht gestalten, das ist der Kern unserer grünen Ziele: Wer heute in Moore, Mischwälder und Wasserrückhalt investiert, baut gegen Schäden und Reparaturkosten vor. Wer die Energiewende in Bürgerhand legt, sichert Versorgung und hält Wertschöpfung in der Region. Wer Naturschutz und Landwirtschaft zusammen denkt, schafft Perspektiven für unsere Landwirtschaft und unsere Landschaften. Wer für inklusive Bildung, Chancen und Teilhabe sorgt, schafft Chancen für unsere Kinder und unseren Wohlstand. Wer Wirtschaft lokal und mit sozialer und ökologischer Verantwortung denkt, schafft nachhaltiges Wachstum für unsere Region. Dafür denken wir praktisch und konstruktiv in die Zukunft, mit klaren Zielen und konkreten Maßnahmen.

Unser Landkreis hat die Menschen, die Natur und die Möglichkeiten, um eine lebenswerte Zukunft zu gestalten: lebendig, vielfältig, sozial gerecht, gut versorgt und resilient. Mit diesem Programm zeigen wir, wie es geht.

Wofür wir uns einsetzen: Unsere Kernforderungen

Hinter unserer Vision stehen klare Ziele.

Diese Übersicht zeigt in Kürze, wofür wir konkret eintreten.



Natur, Wasser und Klima

- **Unsere Flüsse und Moore zurückgewinnen:** Renaturierung von Seeve, Este, Oste, Luhe und Wümme mit verbindlichem Zeitplan, Wehre zurückbauen, Auen wiederherstellen, Wiedervernässung von Mooren als raumordnerisches Ziel verankern. Biotopverbund auf mindestens zehn Prozent der Kreisfläche ausbauen, Wildbrücken über A1 und A7.
- **Harburg-Land gegen Starkregen und Dürre zugleich schützen:** Starkregenkonzeppte als Pflichtbestandteil der Bauleitplanung, Wasserrückhalteflächen verbindlich in der regionalen Raumplanung verankern, Entsiegelungsprogramm für kreiseigene Flächen, regionale Wasserstrategie mit Entnahmeprioritäten, um den Landkreis zum widerstandsfähigen Schwammlandkreis zu entwickeln.
- **Erreichung der Klimaschutzziele 2040:** Kreisliegenschaften bis 2040 klimaneutral, Klimavorbehalt für alle kreislichen Maßnahmen. Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Erneuerbaren und Hitzeaktionspläne in allen Kommunen bis 2028.

Energie und Wirtschaft

- **Windkrafteinnahmen im Landkreis halten:** Gesetzlich vorgesehene Ausgleichszahlungen für Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger vollständig ausschöpfen, Bürgerbeteiligung bei der Vergabe von Flächen verpflichtend machen, Energiegenossenschaften im Landkreis fördern, damit sich auch mit kleinen Beträgen alle beteiligen können.
- **Solarenergie auf allen geeigneten Kreisgebäuden bis 2028,** Mieterstrommodelle im kommunalen Wohnungsbau, Energy Sharing ab 2026 in Pilotprojekten erproben.
- **Regionale Wertschöpfung stärken:** kommunale Aufträge bevorzugt regional vergeben, Tarifbindung als Vergabekriterium, Fördermittel gezielt für Direktvermarktung und genossenschaftliche Versorgungsmodelle einsetzen, Kreislaufwirtschaft fördern.



Wohnen und Mobilität

- **Bezahlbares Wohnen durch eine starke kommunale Wohnungsbaugesellschaft sichern:** Grundstücke bevorzugt an Genossenschaften und gemeinnützige Träger mit sozialen Konzepten vergeben, Erbpacht als Schutz vor Bodenspekulation, Mehrgenerationenwohnen als Zukunftsmodell.
- **Flächenverbrauch reduzieren, Grünflächen erhalten:** Neue Bauflächen bevorzugt innerhalb bestehender Ortschaften entwickeln, Nachverdichtung bebauter Flächen grundsätzlich mit dem Erhalt von Grünflächen verbinden und so als Grundsatz in das Regionale Raumordnungsprogramm integrieren.
- **Mobilität für alle:** Lückenschlüsse im Radverkehrsnetz, Radschnellwege auf allen größeren Verbindungsachsen, bessere Anbindung in der Metropolregion, ÖPNV-Flotte bis 2035 klimaneutral, flächendeckender Ausbau von On-Demand-Mobilität, Tangentialverkehre zwischen den Schienenachsen verbessern und Bahnstrecken reaktivieren: Buchholz-Jesteburg-Harburg, Soltau-Salzhausen-Winsen, Tostedt-Zeven.

Bildung und Chancen

- **Bildungsangebote erreichbar und bedarfsgerecht ausbauen:** Landkreisweite, qualitative Bedarfsplanung, wohnortnahe Bereitstellung von Inklusionsplätzen und frühzeitige Sprachförderung.
- **Eine Schule für alle:** Oberschulen schrittweise zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln, wohnortnahe Schulangebote im Sekundarbereich I schaffen.
- **Schulen, die zum Lernen anregen:** Moderne, lernfördernde Schulgebäude, die berufsbildenden Schulen in Buchholz und Winsen zukunftsfähig weiterentwickeln, Schulsozialarbeit dauerhaft finanzieren. Regionale und ökologische Schulverpflegung an kreiseigenen Schulen sicherstellen.

Gesundheit und Pflege

- **Gesundheitscampus aufbauen:** Kreiskrankenhäuser Buchholz und Winsen als Rückgrat der Versorgung im Landkreis sichern, Integrierte Notfallzentren für die Notfallversorgung einrichten.
- **Lokale Gesundheitsversorgung sichern:** Gesundheitszentren für die Primärversorgung einrichten, Hausarztversorgung durch Umsetzung des Stadt-Land-Praxis-Konzepts sichern und ausbauen, eine Stabsstelle Gesundheitsmanagement



in der Kreisverwaltung einrichten.

- **Pflege zukunftsfest machen:** Kurzzeitpflegeplätze ausbauen, Pflegestützpunkte als wohnortnahe Anlaufstellen ausbauen, Pflegebedarfe vorausschauend planen und pflegende Angehörige entlasten.

Soziales und Zusammenleben

- **Schutzsysteme stärken:** Frauenhäuser mit 24-Stunden-Notruf ausbauen, koordinierende Anlaufstelle für alle Beratungsangebote, digitales Hilfsverzeichnis für den gesamten Landkreis.
- **Ehrenamt als Fundament:** hauptamtliche Unterstützung für Vereine, kostenfreie Räume, Freistellungsmöglichkeiten. Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, Sprachkurse und Arbeitsmarktintegration von Anfang an. Kulturangebote im Landkreis fördern und sichern.
- **Inklusion als Standard:** Inklusions-Check bei Kreisentscheidungen, den Inklusionsbeirat in relevante Ausschüsse einbinden, barrierefreie Infrastruktur in Schulen und öffentlichen Gebäuden schaffen.

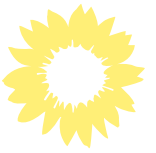
Landwirtschaft und regionale Ernährung

- **Landwirtinnen und Landwirte als Partnerinnen und Partner:** Runde Tische statt Bürokratie, Biodiversitätsberatung für die Landwirtschaft, den Niedersächsischen Weg auch bei uns in die Fläche bringen.
- **Förderung von Agri-PV* und Agroforst:** durch Beratung und Pilotprojekte als zusätzliche Standbeine für die Landwirtschaft.

Infrastruktur und Digitalisierung

- **Katastrophenschutz stärken:** Engagement der Bevölkerung durch bessere Ansprache und neue Beteiligungsformate fördern; neue Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ) unterstützen und die Kreisfeuerwehr für die Herausforderungen des Klimawandels wappnen.
- **Krisenfeste Ver- und Entsorgung:** Sicherheit der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Katastrophenfall ausbauen, Energieautarkie der Wasser- und Klärwerke voranbringen.

*Agri-Photovoltaik: gleichzeitige Nutzung einer Fläche für Landwirtschaft und Solarstromerzeugung



- **Verwaltung als Dienstleistung:** Online-Zugangsgesetz vollständig und mit veröffentlichtem Zeitplan umsetzen, datenschutzkonforme KI-Plattform für alle Kommunen im Landkreis schaffen und Kontaktpersonen für Digitalisierung in jeder Fachstelle einsetzen.

Was hinter diesen Forderungen steht und wie wir sie umsetzen wollen, zeigen wir auf den folgenden Seiten.

Kapitel 1:

Natur und Umwelt

Lebendig. Vernetzt. Zukunftsfähig. Heimische Natur als Lebensversicherung für Menschen, Landschaft und Biodiversität.

Unser Landkreis ist durch eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft geprägt, mit ausgedehnten Wäldern, Wiesen- und Heideflächen und fruchtbarem Acker- und Grünland, durchzogen von vielen Wasserläufen. Diese Vielfalt ist keine Kulisse, sondern Infrastruktur: Gesunde Natur filtert Wasser, hält Böden zusammen, kühlt Orte im Sommer und schützt vor Überschwemmungen. Aber sie steht unter erheblichem Druck: Flächenversiegelung, intensive Nutzung und der Klimawandel lassen Arten und Lebensräume selbst in Schutzgebieten schwinden, auch weil diese zu isoliert und zu klein sind. Klassischer Naturschutz allein reicht nicht mehr aus. Wir setzen auf einen zukunftsfähigen Naturschutz, der auf vernetzte Lebensräume, revitalisierte Gewässer und echte Kooperation zwischen Naturnutzung und Naturschutz baut.

Grüne Infrastruktur: Lebensräume vernetzen

Naturschutzgebiete wirken nur, wenn sie miteinander verbunden sind: Durch Hecken, Feldraine, Gewässerrandstreifen und Wildbrücken. Wir wollen kreisweit Vorrangräume festlegen, in denen Natur-, Klima- und Wasserschutz Vorrang vor intensiver Nutzung haben und den Biotopverbund konsequent auf 15 % der Kreisfläche ausbauen, als Beitrag zum Niedersächsischen Weg. Der Waldumbau kreiseigener Flächen hin zu klimaresilienten Mischwäldern aus heimischen Baumarten und der Schutz historisch alter Wälder gehören ebenso dazu.

- Kreisweit Vorrangräume für Natur-, Klima- und Wasserschutz festlegen; besonders Moore, Feuchtgebiete, Auenlandschaften und Trinkwassereinzugsgebiete besser schützen.
- Biotopverbund auf 15 % der Kreisfläche: Hecken, Feldraine, Gewässerrandstreifen; Wildbrücken über A1 und A7 realisieren.
- Straßen- und Wegränder als ökologische Verbindungsachsen entwickeln: Halbmahdkonzept für Kreisstraßen einführen.
- Waldumbau kreiseigener Flächen zu klimaresilienten Mischwäldern mit klimaangepassten heimischen Baumarten; Schutz historischer und alter Wälder.



Blaue Infrastruktur: Gewässer und Moore renaturieren

Die Fließgewässer unseres Landkreises, Seeve, Este, Luhe, Oste, Wümme und ihre Zuflüsse sollen wieder zu lebendigen Lebensadern werden. Das erreichen wir, indem wir den Flüssen wieder mehr Raum geben, durch den Rückbau von Wehren und anderen Hindernissen, die Wiederanbindung von Auen sowie durch die Renaturierung begradigter Gewässer. So können Flüsse wieder natürlicher fließen, Wasser länger in der Landschaft halten und einen besseren Schutz vor Hochwasser und Dürre bieten. Parallel müssen Moore und Feuchtgebiete als natürliche Wasserspeicher geschützt und wiederhergestellt werden: Sie binden CO₂, speichern Wasser in Trockenphasen und schützen vor Überschwemmungen. Bei allen Maßnahmen setzen wir auf runde Tische in den Einzugsgebieten, an denen Landnutzerinnen und -nutzer, Naturschutzverbände und Wasserbehörden gemeinsam Lösungen finden.

- Fließgewässer ökologisch aufwerten: Wehre zurückbauen, Durchgängigkeit herstellen, Flussaunen renaturieren; Förderrichtlinie Auenrenaturierung aktiv nutzen.
- Grundwasser- und Trinkwasserschutz bei allen Planungen und Genehmigungen vorrangig berücksichtigen; Nasskiesabbau in sensiblen Bereichen verhindern.
- Moore und Feuchtgebiete schützen und wiedervernässen; Regenwasser durch Entsiegelung in der Landschaft halten statt ableiten.
- Wasserbewirtschaftungskonzept um Klimawirkungen und Grundwasser-Oberflächenwasser-Wechselwirkungen erweitern.

Kooperation: Naturschutz mit Menschen, nicht gegen sie

Naturschutz gelingt dauerhaft nur mit denen, die mit dem Land leben. Wir wollen das Praxiswissen von Landwirtinnen und Landwirten, Jägerinnen und Jägern sowie Imkerinnen und Imkern von Anfang an einbinden, und auf praxisnahe Lösungen setzen statt auf bürokratische Konzepte. Der Landkreis fungiert dabei als Vermittler und Ermöglicher, nicht als Kontrolleur.

- Runde Tische in Einzugsgebieten einrichten; Ökologische Stationen des Niedersächsischen Weges stärken und Kooperation zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Landnutzern ausbauen.
- EU-, Bundes- und Landesmittel für Naturschutzmaßnahmen vollständig ausschöpfen; Kompensationskataster öffentlich zugänglich machen.
- Umweltbildung und Naturerleben fördern: Kooperationen mit Schulen, Vereinen und Initiativen: wer die heimische Landschaft kennt, schützt sie auch.

Kapitel 2:

Klimaresilienz

Vorsorge statt Reparatur. Wir machen den Landkreis Harburg klima- und zukunftsfest: gegen Hitze, Dürre und Starkregen.

Der Klimawandel ist im Landkreis Harburg längst keine Zukunftsfrage mehr. Hitzetage nehmen zu, Starkregenereignisse werden häufiger und intensiver, Grundwasserstände sinken. Im Sommer 2024 überflutete ein Starkregentag in Tostedt ganze Straßenzüge und legte die Bahnstrecke nach Bremen lahm; der Investitionsstau bei den Elbedeichen liegt allein für Harburg und Lüneburg bei 200 Millionen Euro. Klimaanpassung ist deshalb eine Kernaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge, und eine Haushaltsentscheidung: Wer heute in Hitzeschutz, Wasserrückhalt und resiliente Infrastruktur investiert, vermeidet morgen ein Vielfaches an Reparaturkosten. Dabei denken wir lokal: Buchholz und Winsen kämpfen mit überhitzten Ortskernen, die Gemeinden entlang der Seeve mit Starkregengefahr, die Geestböden mit Trockenheit. Jede Gemeinde hat ihr eigenes Risikoprofil. Der Landkreis koordiniert, berät und finanziert mit und erstellt in Kooperation mit den Gemeinden ein Klimafolgenanpassungskonzept, dessen Maßnahmen auch umgesetzt werden.

Hitzeschutz in Städten und Gemeinden

Mehr Hitzetage sind die unmittelbarste Klimafolge, die Menschen im Alltag spüren, im Büro, in der Schule, im öffentlichen Raum. Besonders ältere Menschen und Kinder sind gefährdet. Wir wollen, dass der Landkreis hier nicht wartet, bis die nächste Hitzewelle die Schwachstellen sichtbar macht, sondern vorausschauend handelt: mit einem Hitzeaktionskonzept, mehr schattenspendendem Grün im öffentlichen Raum und klaren Standards für kreiseigene Gebäude.

- Hitzeaktionspläne für alle Kommunen bis 2028: Landkreis stellt Musterkonzepte und fachliche Begleitung bereit.
- Mehr Bäume, Verschattung und begrünte Flächen im öffentlichen Raum.
- Öffentliche Trinkwasserbrunnen und kühle Räume in Bibliotheken und Verwaltungsgebäuden als niedrigschwelliges Schutzangebot.
- Begrünte Dächer und Fassaden als Standard bei Neu- und Umbauten kreiseigener Gebäude; Hitzeschutz als Planungsstandard im RROP*.

*RROP: Regionales Raumordnungsprogramm (raumordnerischer Planungsrahmen des Landkreises)



Wasser: Rückhalten, nicht ableiten

Starkregen und Dürre sind zwei Seiten desselben Problems: Wasser fließt zu schnell ab, wo es gebraucht würde, und überflutet Straßen und Keller, wo es niemand braucht. Wir setzen auf das Schwammlandkreis-Prinzip, mit dezentralem Wasserrückhalt anstelle zentraler Ableitung. Was das für Fließgewässer, Moore und Grundwasserschutz bedeutet, ist in Kapitel 1 (Natur & Umwelt) und Kapitel 3 (Landwirtschaft) genauer dargelegt.

- Starkregenkonzepte als Pflichtbestandteil der kommunalen Bauleitplanung; Landkreis berät Gemeinden und verankert Standard im RROP*.
- Regenrückhaltebecken naturnah ausbauen; Retentionsflächen entlang der Niederungslagen von Seeve, Este und Wümme sichern.
- Entsiegelungsprogramm für kreiseigene Flächen mit messbaren Zielen und jährlichem Bericht im Kreistag.
- Regionale Wasserstrategie: Entnahmeprioritäten bei Knappheit regeln; Retentionsflächen kreisübergreifend sichern.
- Die Vergabe und Verlängerung von Grundwasserentnahmerechten für die Landwirtschaft an den Einsatz effizienter Bewässerungsverfahren knüpfen, um den regionalen Grundwasserhaushalt langfristig zu sichern.

Waldbrand- und Katastrophenschutz

Trockene Sommer erhöhen das Waldbrandrisiko vor allem in den Nadelwäldern erheblich. Der Waldumbau hin zu klimaresilienten Mischwäldern ist die wirksamste langfristige Prävention und wird in Kapitel 1 behandelt. Hier geht es um operative Bereitschaft: Gut ausgerüstete Feuerwehren, funktionierende Frühwarnsysteme und vernetzte Einsatzstrukturen. Fragen zur Finanzierung und Ausstattung der Feuerwehren sind in Kapitel 12 (Infrastruktur) näher ausgeführt.

- Brandschutzstreifen und Löschwasserstellen regelmäßig prüfen und ausbauen.
- Frühwarnsysteme für Waldbrand und Starkregen aufbauen, die Bürgerinnen und Bürger sowie Einsatzkräfte rechtzeitig erreichen.
- Freiwillige Feuerwehren mit klimaangepasster Ausrüstung und Übungen für Waldbrand-, Hitze- und Starkregeneinsätze unterstützen.

*RROP: Regionales Raumordnungsprogramm (raumordnerischer Planungsrahmen des Landkreises)



- Vernetzte Katastrophenschutzstrukturen: gemeinsame Übungen und abgestimmte Alarm- und Einsatzpläne zwischen Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Gemeindeverwaltungen.

Klimabildung und soziale Absicherung

Klimaanpassung gelingt dauerhaft nur, wenn Menschen die lokalen Risiken kennen, und wenn diejenigen Unterstützung erhalten, die nicht aus eigenen Mitteln handeln können. Förderprogramme dürfen keine Förderprogramme für Wohlhabende sein.

- Maßnahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Kitas, Schulen und Vereinen zu konkreten lokalen Klimafolgen und Handlungsmöglichkeiten ausbauen.
- Niedrigschwellige Beratungsangebote für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer zu Hitzeschutz, Dachbegrünung und Regenwassernutzung einrichten, aufgebaut auf dem bestehenden Energiewegweiser der Stabsstelle Klimaschutz.
- Zugang zu Fördermitteln der KfW* und NBank* aktiv koordinieren, damit auch Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen handeln können.
- Klimaanpassung als Querschnittsaufgabe in der Kreisverwaltung verankern: alle Fachbereiche, Bau, Gesundheit, Soziales, Schule, beziehen Klimafolgen in ihre Planung ein.

*KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau (Förderbank des Bundes)

*NBank: Investitions- und Förderbank Niedersachsen

Kapitel 3:

Landwirtschaft

Regional. Resilient. Zukunftsweisend. Landwirtschaft als Partnerin für Ernährung, Natur und Energiewende.

Rund 50 Prozent der Fläche des Landkreises werden landwirtschaftlich genutzt auf 862 Betrieben, davon rund 430 im Haupterwerb. Ihre Arbeit prägt unsere Landschaft und unsere Lebensweise. Bäuerinnen und Bauern und ihre Höfe sind keine Kulisse: Sie sichern unsere Ernährung, gestalten die Landschaft, tragen zur Energiewende bei und sind unverzichtbare Partnerinnen und Partner für Naturschutz und Wasserhaushalt. Das verdient Respekt und faire Rahmenbedingungen. Deshalb setzen wir auf Kooperation nach dem Modell des Niedersächsischen Wegs, der von Landwirtschaft, Naturschutz und Politik gemeinsam entwickelt wurde.

Klimaresilient wirtschaften: Boden schützen, Wasser halten

Die Geestböden sind dürrgefährdet, das Grünland in der Elbmarsch durch Starkregen und Grundwasserschwankungen belastet. Der Bewässerungsbedarf der niedersächsischen Landwirtschaft könnte bis 2050 auf das 2,4-fache steigen. Wir unterstützen Betriebe aktiv bei der Klimaanpassung: durch Beratung, praxisnahe Informationen und die Vermittlung geeigneter Förderprogramme.

- Wassersparendes Wassermanagement fördern: Regenwasserrückhalt auf dem Betrieb, effiziente Bewässerung, Reduzierung von Düngemittelauswaschung; Entnahmegenehmigungen an wassersparende Bewässerungsmethoden koppeln.
- Klimaresiliente Anbaumethoden verbreiten: Humusaufbau, Zwischenfruchtanbau, alternative Fruchtfolgen und Ackerpflanzen, Agroforst und Permakultur, Beratung über Landwirtschaftskammer und Stabsstelle Klimaschutz, gefördert über das LEADER-Programm* der EU.
- Hochwertige Agrarböden für die Nahrungsproduktion vorrangig sichern; keine leichtfertige Neuversiegelung, konsequente Entsiegelung, wo möglich.

*LEADER-Programm: EU-Förderprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raums



Erneuerbare Energien als neue Einkommensquelle für Landwirtinnen und Landwirte

Landwirtschaft und Energiewende sind keine Konkurrenten, sie können sich ergänzen. Die Kombination von landwirtschaftlicher Nutzung und PV*-Anlagen zur Gewinnung von Solarenergie eröffnen Betrieben neue wirtschaftliche Standbeine, ohne Flächen dem Nahrungsanbau zu entziehen.

- Agri-PV* durch Pilotprojekte und Beratung fördern, besonders für Obstbau, Beerenanbau, bestimmte Gemüsekulturen.
- Heimischen Kleegrasanbau stärken und Sojaimporte reduzieren: regionale Eiweißpflanzen auf Agri-PV*-Flächen verbinden moderne Agrarwirtschaft mit lokaler Energieversorgung.

Regionale Wertschöpfung: Direkt vermarkten, fair bezahlt werden

Jeder Euro, der im Landkreis für Lebensmittel ausgegeben wird, kann lokalen Betrieben zugutekommen, statt in anonyme Lieferketten zu fließen. Wir wollen, dass möglichst viel Wirtschaftskraft im Landkreis bleibt: durch verlässliche öffentliche Abnahmemengen, durch Direktvermarktungsförderung und durch faire Preisstrukturen.

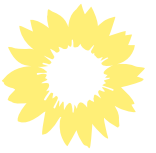
- Kreiseigene Schulen, Kantinen und Kliniken schrittweise auf regionale und ökologische Lebensmittel umstellen. Das ist gesund und schafft Planungssicherheit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe.
- Direktvermarktungsinitiativen, Hofläden und Erzeugergemeinschaften mit Fördermitteln, z.B. aus dem LEADER-Programm* der EU unterstützen; regionale Angebotsplattformen fördern.
- Initiativen für faire Erzeugerpreise unterstützen; Verdrängung kleinerer Betriebe durch ruinösen Preisdruck entgegenwirken.

Naturschutz und Tierwohl: Kooperation statt Konfrontation

Landwirtinnen und Landwirte sind die wichtigsten Partnerinnen und Partner für den Naturschutz im Landkreis. Der Niedersächsische Weg zeigt, dass Artenschutz und wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft gemeinsam möglich sind, wir wollen seine Instrumente noch aktiver in die Fläche bringen.

*Agri-Photovoltaik: gleichzeitige Nutzung einer Fläche für Landwirtschaft und Solarstromerzeugung

*LEADER-Programm: EU-Förderprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raums



- Niedersächsischen Weg weiter aktiv umsetzen: runde Tische moderieren, ökologische Stationen stärken, Kompensationsflächenkataster öffentlich zugänglich machen.
- Blühstreifen, Hecken und intakte Gewässerrandstreifen als Kooperationsleistung honorieren; Beratungsstelle für Biotop- und Artenschutz auf Kreisebene einrichten.

Kapitel 4:

Bezahlbares Wohnen und klimagerechtes Bauen

Bezahlbar. Klimagerecht. Gemeinwohlorientiert.
Wohnen ist Daseinsvorsorge, kein Spekulationsobjekt.

Der Landkreis Harburg überzeugt mit hoher Lebensqualität und wächst weiterhin. Bis 2030 fehlen mehrere tausend Wohnungen, vor allem bezahlbare, für Familien, Auszubildende, ältere Menschen und Haushalte mit mittleren und kleinen Einkommen. Mieten, Grundstückspreise und Baukosten steigen seit Jahren schneller als die Einkommen. Wohnen darf nicht zur sozialen Frage werden. Für uns gehören Wohnen, Klimaschutz, Mobilität und soziale Infrastruktur zusammen: Neue Wohnungen allein helfen nicht, wenn gleichzeitig Kitas, Schulen, Busverbindungen oder Einkaufsmöglichkeiten fehlen.

KWG und gemeinwohlorientiertes Wohnen stärken

Mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft KWG verfügt der Landkreis bereits über ein wichtiges Instrument für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Gerade in Zeiten steigender Baukosten und sinkender privater Bautätigkeit braucht es starke öffentliche Akteure, die langfristig denken. Wir wollen den Handlungsspielraum der KWG* erweitern, auch mit Blick auf den Wohnungsbedarf der dringend benötigten Fachkräfte für unsere Kreiskrankenhäuser, die Verwaltungen und unsere lokale Wirtschaft.

- Geförderten und bezahlbaren Wohnraum fördern, klimaresiliente und energieeffiziente Bauweisen als Standard etablieren und Barrierefreiheit im Bau weiter verbessern.
- Energy Sharing sowie Mieterstrom in Pilotprojekten erproben; kommunale und genossenschaftliche Batteriespeicher fördern; Netzbeirat zwischen Kommunen und Netzbetreiber intensivieren.
- Kreiseigene Grundstücke bevorzugt nach Konzeptvergabe an Genossenschaften und gemeinnützige Träger vergeben; Erbbaurecht als Instrument gegen Bodenspekulation einsetzen.

*KWG: Kommunale Wohnungsbaugesellschaft



- Mietshäusersyndikat-Modelle und genossenschaftliches Wohnen unterstützen; Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Wohnformen planerisch erleichtern.
- Förderprogramme von KfW* und NBank* für altersgerechte Bestandsanpassung aktiv vermitteln, insbesondere für kleinere Gemeinden ohne eigene Beratungskapazität.

Kommunen unterstützen, Genehmigungen beschleunigen

Die konkrete Bauleitplanung liegt bei den Städten und Gemeinden. Gleichzeitig hat der Landkreis großen Einfluss auf Genehmigungen, Regionalplanung und Abstimmungsverfahren. Gerade kleinere Gemeinden stoßen bei den immer komplizierteren Planverfahren an ihre Grenzen. Wir wollen, dass der Landkreis Partner der Kommunen ist, nicht eine zusätzliche Hürde.

- Schnellere und transparentere Genehmigungsverfahren; moderne, digitale Bauverwaltung mit festen Ansprechpersonen für Kommunen und besserer Abstimmung zwischen Fachbehörden.
- Siedlungsentwicklung auf Städte und Gemeinden mit guter Infrastruktur und ÖPNV*-Anbindung entlang der Bahnstrecken konzentrieren; Eigenentwicklung als Maßstab für weitere Kommunen.
- Wohnungsbau, Verkehr, Schulen, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung frühzeitig gemeinsam planen; der Landkreis trägt Verantwortung für ÖPNV*, Kreisstraßen und weiterführende Schulen.

Klimagerecht und kreislauffähig bauen

Die Art, wie wir bauen, hat erhebliche Folgen für Klima, Ressourcenverbrauch und Lebensqualität. Wir wollen einen Wandel in der Baukultur anstoßen: Weg von der Wegwerfarchitektur, hin zu Gebäuden, die schonen, schützen und lange halten. Der Landkreis geht dabei auf seinen eigenen Liegenschaften voran und setzt für Kreisgebäude bis 2040 das Ziel der Klimaneutralität.

- Kreislauffähiges Bauen nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip*: rückbaubar, sortenrein trennbar, wiederverwendbar; Holzhybridbauweise als Standard für kreiseigene Neubauten.

*KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau (Förderbank des Bundes) | *NBank: Investitions- und Förderbank Niedersachsen |

*ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr | *Cradle-to-Cradle-Prinzip: Gestaltungsprinzip für vollständig kreislauffähige, sortenrein trennbare Produkte und Gebäude



- Schwammstadt und Entsiegelung: Regenwasser dezentral versickern lassen; Entsiegelungsprogramm für kreiseigene Flächen; Frischluftkorridore und Begrünung bei jeder Sanierung mitdenken.
- Nachhaltige Baustoffe und Tarifbindung als verbindliche Vergabekriterien bei Kreisaufträgen; Barrierefreiheit, soziale Mischung und Aufenthaltsqualität selbstverständlich einplanen.

Kapitel 5:

Raumordnung und nachhaltige Siedlungsentwicklung

Flächen klug nutzen. Gemeinsam planen. Klug entwickeln. Raumordnung ist Zukunftsgestaltung: Was wir heute bauen, bestimmt, wie zukünftige Generationen leben.

Unser Landkreis lebt von seiner Landschaftsqualität, seinen Landwirtschaftsflächen und Naturräumen. Zugleich wächst der Siedlungsdruck. Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) ist das wichtigste Steuerungsinstrument des Landkreises: Es entscheidet, ob Siedlungs-, Gewerbe-, Landwirtschafts-, Natur- und Klimaschutzziele langfristig in Balance bleiben. Raumordnung funktioniert nur im engen Dialog mit den Städten und Gemeinden und mit dem Mut, klare Prioritäten zu setzen.

Innenentwicklung vor Flächenverbrauch

Wer Freiflächen im Ortskern bebaut, muss gleichzeitig qualitätsvolle Grün- und Aufenthaltsflächen sichern oder schaffen, das nennen wir doppelte Innenentwicklung. Dieser Grundsatz gehört verbindlich in den regionalen Raumordnungsplan (RROP). Gleichzeitig brauchen Kommunen konkrete Unterstützung bei der Aktivierung von Leerständen und Baulücken.

- Doppelte Innenentwicklung als verbindlichen Planungsgrundsatz im RROP* verankern: Nachverdichtung nur mit gleichzeitiger Sicherung von Grünflächen und Frischluftkorridoren.
- Anregung eines gemeinsamen Flächen- und Leerstandskatasters für den gesamten Landkreis: der Kreis koordiniert, Kommunen pflegen Daten ein.
- Steuerung der Innenentwicklung durch Quartierskonzepte mit Fördermittelberatung.
- Neue Baugebiete vorrangig entlang der Hauptsiedlungsachsen (Bahnstrecken) mit guter ÖPNV*-Anbindung.
- Eigenentwicklung als Maßgabe für weitere Kommunen.

*RROP: Regionales Raumordnungsprogramm (raumordnerischer Planungsrahmen des Landkreises)

*ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr



Natur, Wasser und Klima im Raumordnungsplan verankern

Eine zukunftsorientierte Raumordnungsplanung behandelt Klimaresilienz, Artenschutz und Wasserrückhalt nicht als nachrangige Abwägungsbelange, sondern als gleichwertige Ziele neben der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung. Was im RROP* steht, wird bei Genehmigungsverfahren verbindlich.

- Biotopverbund als RROP*-Ziel: 15 % der Kreisfläche als funktional vernetztes Biotopnetz, keine neue Bebauung, die Verbundachsen dauerhaft unterbricht.
- Wasserrückhalt in der Fläche als raumordnerisches Ziel: Retentionsflächen, Überschwemmungswiesen und Gewässerrandstreifen als Vorranggebiete; Überschwemmungsgebiete konsequent von Bebauung freihalten.
- Blau-Grüne Infrastruktur als integriertes Planungssystem denken: Retentionsflächen, Feuchtbiotope und Grünkorridore gemeinsam entwickeln.
- Wiedervernässung von Niedermooren und Renaturierung von Fließgewässern als raumordnerische Ziele im RROP* verankern.

Lebenswerte Orte und Nahversorgung sichern

Gute Raumordnung endet nicht bei der Flächenausweisung. Sie schafft Orte, in denen Menschen gerne leben: mit kurzen Wegen, ausreichend Grün, sicheren Schulwegen und funktionierender Nahversorgung.

- An Vorrangstandorten für die Nahversorgung im RROP* festhalten.
- Genossenschaftliche und mobile Versorgungsmodelle mit LEADER*-Mitteln fördern.
- Barrierefreiheit, soziale Mischung und Aufenthaltsqualität als Kriterien bei der Quartiersentwicklung beachten.
- Kurze Wege als Planungsprinzip: Wohnen, Arbeiten, Schule und Arzt möglichst fußläufig oder mit dem ÖPNV* erreichbar.
- Regionale Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinaus stärken; Raumordnung als kontinuierlichen Dialog mit Städten und Gemeinden verstehen.

*RROP: Regionales Raumordnungsprogramm (raumordnerischer Planungsrahmen des Landkreises)

*LEADER: EU-Förderprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raums

*ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr

Kapitel 6:

Energieversorgung

Lokal. Sicher. Fair. Die Energiewende gehört uns: dezentral erzeugt, in Bürgerhand, zum Wohl der Gemeinden und für sichere Versorgung.

Energieversorgung ist Daseinsvorsorge, wie Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung. Die Klimakrise und die Erfahrung geopolitischer Abhängigkeiten machen den Abschied von fossilen Energien zwingend notwendig. Die Energiewende ist aber nur gerecht, wenn sie allen zugutekommt: Durch lokale Eigentümerschaft statt Renditemaximierung externer Investorinnen und Investoren, durch Bürgerenergie statt Gewinnen für Konzerne und durch bezahlbare Preise für alle. Der Landkreis Harburg hat die Flächen, die Lage und die Gemeinschaften, um Vorreiter zu sein. Pro Windkraftanlage könnten bis zu 40.000 Euro jährlich in Gemeindekassen fließen.

Windenergie: Gerecht planen, fair beteiligen, Einnahmen im Landkreis halten

Der Landkreis Harburg muss gemäß dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetz (NWindG) bis Ende 2027 und bis Ende 2032 gesetzlich vorgeschriebene Anteile der Fläche des Kreises für die Windenergiegewinnung ausweisen. Die Windenergie bietet eine reale Chance für Energieunabhängigkeit und kommunale Einnahmen, aber sie ist auch eine Herausforderung für die betroffenen Menschen, besonders in Salzhausen und Tostedt, wo aktuell anteilig die meisten Flächen ausgewiesen werden. Wir nehmen beides ernst: Wir treiben die Planungsprozesse aktiv voran, sorgen bei zukünftigen Flächenausweisungen für transparente Bürgerbeteiligung und setzen uns dafür ein, dass die Gewinne im Landkreis bleiben.

- Gesetzlich bindende Flächenziele einhalten: Windkraftflächen fristgerecht ausweisen (3.049 Hektar oder 2,44 Prozent der Kreisfläche bis 31.12.2027 als Zwischenziel, final 3.949 Hektar oder 3,16 Prozent der Kreisfläche bis 31.12.2032). Wer dies ablehnt, riskiert Superprivilegierung nach § 35 BauGB*, dann sind Windanlagen im gesamten Außenbereich ohne geordnete Kreisplanung möglich.
- Bürgerrat Erneuerbare Energien auf Kreisebene einrichten: beratendes Gremium, das zukünftige Flächenplanungen begleitet, Naturschutzinteressen vertritt und Beteiligungsmodelle kritisch prüft.

*NWindG: Niedersächsisches Windenergieflächenbedarfsgesetz (verpflichtet zur Ausweisung von Windenergieflächen)

*BauGB: Baugesetzbuch (bundesrechtliche Grundlage der Bauleitplanung)



- NWindPVBetG-Rechte* vollständig ausschöpfen: 0,2 Cent/kWh Gemeindebeteiligung, 0,1 Cent/kWh für Anrainer im 2,5-km-Radius, 20 % Bürgerbeteiligungsangebot, Gemeinden aktiv unterstützen.
- Windpark Winsen als Modell: Der größte Windpark im Landkreis gehört je zur Hälfte den Stadtwerken Winsen und Hamburg Energie, der Strom bleibt in der Region, die Gewinne fließen in die kommunale Daseinsvorsorge. Das ist unser Vorbild für neue Projekte.
- Schutzgebiete sind keine Verhandlungsmasse: NSG* Lüneburger Heide, FFH-Gebiete* und Vogelschutzgebiete als harte Ausschlusskriterien einhalten, Landschaftsschutzgebiete und alte Wälder nur nachrangig und mit sorgfältiger Einzelprüfung beplanen.

Bürgerenergie: Das Raiffeisen-Prinzip für die Energiewende

Bundesweit gibt es über 950 Energiegenossenschaften mit mehr als 200.000 Mitgliedern. Das Prinzip ist nicht neu und es baut auf die historische Idee Raiffeisens auf: Das Geld des Dorfes dem Dorfe. Im Landkreis gibt es Bürgerenergiegenossenschaften, in denen Bürgerinnen und Bürger sich mit kleinen Beträgen an lokalen Solar- und Windprojekten beteiligen. Mit Erfolg: Gewinne bleiben in der Region, lokale Handwerksbetriebe werden eingebunden.

- Umsetzung des Ausbaus der PV*-Anlagen des Landkreises in Zusammenarbeit mit den Bürgerenergiegenossenschaften im Landkreis.
- Beratung zu Bürgerenergie, Genossenschaften und Energy Sharing durch Energiewegweiser erweitern.
- Kommunale Wärmeplanung aktiv koordinieren und begleiten; Kreisgebäude bei Neubau und Sanierung treibhausgasneutral gestalten.

Wärmewende: Gemeinsam heizen spart und wirkt

Der Abschied von Heizöl und Erdgas betrifft fast jeden Haushalt im Landkreis und steigende Heizkosten treffen Menschen mit kleinem Einkommen und kleine Betriebe am härtesten. Deshalb ist die kommunale Wärmeplanung eine der wichtigsten sozialpolitischen Weichenstellungen der nächsten Jahre. Wir setzen uns für eine sozial gerechte und gemeinnützige Gestaltung ein.

*NWindPVBetG-Rechte: Niedersächsisches Gesetz über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen | *NSG: Naturschutzgebiet |

*FFH-Gebiet: Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (europäisches Schutzgebietsnetz „Natura 2000“) |

*PV: Photovoltaik



- Wärmeplanung mit Bürgerbeteiligung: Wer frühzeitig weiß, ob sein Ort ein Wärmenetz bekommt, kann den Heizungstausch vorausschauend planen. Der Landkreis unterstützt die Koordination der in den Gemeinden laufenden Planung aktiv.
- Wärmeversorgung gehört nicht in private Hand: Wo der Kreis oder seine Kommunen Einfluss auf Konzessionen haben, setzen wir uns für kommunale oder genossenschaftliche Trägerschaft ein.
- Unabhängige Energieberatung stärken: Die herstellerunabhängige Beratung für Haushalte, Gewerbe und Landwirtschaft über den Energiewegweiser (in Kooperation mit Verbraucherzentrale Niedersachsen und KEAN*) wird fortgesetzt und finanziell abgesichert.

Solarenergie: Jedes Dach, jede Fläche nutzen

Solarenergie ist die demokratischste Form der Erneuerbaren: Fast jede versiegelte Fläche kann Strom erzeugen. Der Landkreis und seine Kommunen haben eine Vorbildfunktion, die wir endlich ernsthaft wahrnehmen müssen.

- Photovoltaik (PV) auf allen geeigneten Kreisgebäuden und weiteren bereits versiegelten Flächen in der Hand des Kreises bis 2028: Solarpotenziale systematisch erfassen, verbindlicher Zeitplan für den Ausbau mit Controlling und Berichten.
- Mieterstrom in kommunalem Wohnungsbestand als Standard: inklusive Batteriespeicher und E-Ladeinfrastruktur für Stellplätze; Bürgerstrommodelle in Kooperation mit Genossenschaften entwickeln.
- Agri-PV* für Obstbau, Beerenanbau und Gemüsekulturen und heimische Eiweißpflanzen unterstützen.
- Klare Flächen-Prioritätenfolge bei Fotovoltaik: zuerst versiegelte Flächen und Dächer, dann Freiflächen.

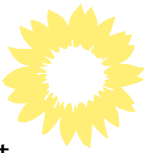
Klimaschutz messbar umsetzen

Gute Absichtserklärungen allein verändern nichts. Wir wollen eine kommunale Energiewirtschaft, die den Klimaschutz messbar voranbringt und deren Fortschritte öffentlich nachvollzogen werden können.

*KEAN: Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen

*FFH-Gebiet: Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (europäisches Schutzgebietsnetz „Natura 2000“)

*Agri-Photovoltaik: gleichzeitige Nutzung einer Fläche für Landwirtschaft und Solarstromerzeugung



- Klimaneutralität bis 2040 konkret vorantreiben: verbindlicher Fahrplan mit Zwischenzielen und jährlichem Reporting im Kreistag.
- Stabsstelle Klimaschutz und Energiewegweiser personell und finanziell absichern.
- Kooperationen mit Handwerk, Landwirtschaft und Nachbarkommunen ausdrücklich fordern und unterstützen.

Energieresilienz: Versorgungssicherheit auch in der Krise

Dezentrale Erzeugung macht uns unabhängiger von fossilen Importen, stellt aber neue Anforderungen an Netze und Speicher. Gerade für einen Landkreis mit Pendlerverbindungen, Gewerbe und Gesundheitsversorgung ist Versorgungssicherheit kein Luxus, deshalb müssen Netze richtig genutzt und an die Anforderungen angepasst werden.

- Netze intelligent nutzen statt nur ausbauen: Wir setzen auf Netzoptimierung vor Flexibilität vor Verstärkung vor Ausbau (NOXVA Prinzip*). Bevor neue Leitungen gebaut werden, werden bestehende Netze durch Digitalisierung und intelligente Steuerung besser ausgelastet.
- Resilienzkonzepte: Kommunale Versorger unter 500.000 versorgten Menschen fallen nicht unter die gesetzliche Resilienzpflcht, ihre Versorgung ist im ländlichen Raum aber ebenso unverzichtbar. Der Landkreis soll mit den Kommunen freiwillige Konzepte entwickeln: Was passiert bei Netzausfall? Welche Einrichtungen, Pflegeheime, Feuerwehren, Wasserversorgung müssen vorrangig autark versorgt werden?
- Kommunale und genossenschaftliche Batteriespeicher stabilisieren das Netz und erhöhen die Eigenversorgung; der Landkreis treibt Pilotprojekte aktiv voran.

*NOXVA Prinzip: „Netzoptimierung vor Flexibilität vor Verstärkung vor Ausbau“
(erweitert das anerkannte NOVA-Prinzip der Netzplanung)

Kapitel 7:

Mobilität und Verkehr

Verlässlich. Vernetzt. Grün verbunden. Mobilität für alle: sicher, bezahlbar und klimawirksam, egal ob zu Fuß, per Rad, Bus oder Bahn.

Über 140.000 Pendlerbewegungen täglich und noch immer hängt zu vieles am privaten Auto. Wir wollen das ändern. Mobilität ist nicht allein Verkehrsplanung, sondern Daseinsvorsorge und bestimmt einen großen Teil der Lebensqualität im Landkreis. Wer keinen Bus hat, kommt nicht zur Schule, nicht zum Arzt, nicht zur Arbeit. Wer keinen Radweg hat, fährt nicht Rad. Wir setzen auf alles, was eine lebenswerte Gemeinde ausmacht: sichere Wege zu Fuß und per Rad, verlässlichen ÖPNV*, neue flexible Angebote für den ländlichen Raum und eine Schienenanbindung, die der Metropolregion gerecht wird. Investitionsentscheidungen im Verkehr messen wir konsequent am Kriterium der Treibhausgasreduktion, Bedarfsplanung taugt allein nicht mehr als zukunftsfähiges Planungskriterium.

Zu Fuß und Rad: Sicher, attraktiv, alltagstauglich

Zu Fuß gehen ist nicht nur gesund, es verbindet Menschen und schafft Begegnungen. Radfahren ist klimafreundlich, schnell und günstig. Beides braucht Infrastruktur, die funktioniert, einlädt und sicher ist. Wir wollen sichere Schulwege, lückenlose Radverbindungen zwischen Orten und eine Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, die zum Verweilen einlädt.

- Verkehrsberuhigte Ortskerne: Tempo 30, Schulstraßen, Fußgängerüberwege, Spielstraßen, neue Gestaltungsmöglichkeiten der StVO* konsequent nutzen.
- Barrierefreie Gehwege: Inventur des Bestands und Zeitplan für Nachrüstung; breite Wege, Sitzbänke auf Wegen zu Haltestellen, gute Beleuchtung.
- Radverkehrskonzept vollständig umsetzen: Lückenschlüsse im Veloroutennetz, Radschnellwege zwischen Städten und Gemeinden sowie Anbindung ans Hamburger Netz.
- Sichere, überdachte Abstellmöglichkeiten mit E-Bike-Lademöglichkeiten; Radinfrastruktur als eigenständige Haushaltspostition mit Zeitplan und Vollständigkeitsziel.

*ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr

*StVO: Straßenverkehrsordnung



Bus und On-Demand: Verlässlich in Stadt und Land

Durch seine facettenreiche und vielseitige Gestalt braucht der Landkreis Harburg einen maßgeschneiderten ÖPNV* auf der Straße. Busverbindungen sollen häufiger verkehren und besser miteinander verbunden werden. Qualität, Verlässlichkeit und Sicherheit haben unmittelbare Alltagsrelevanz, für Freizeitaktivitäten der Kinder genauso wie für Arztbesuche und die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger. Dazu setzen wir uns für neue Konzepte ein, die den klassischen ÖPNV intelligent ergänzen: On-Demand-Angebote, Carsharing, Fahrradverleih, Bürgerbuskonzepte.

- Tangentialverkehr zwischen den drei Schienenachsen im Landkreis verbessern; Busverbindungen abends und am Wochenende ausweiten.
- Elektrobusse: gesetzliche Anforderungen rasch umsetzen; ÖPNV-Flotte bis 2035 klimaneutral; Schulbusse mit höheren Sicherheitsstandards ausstatten.
- Nahverkehrsplan konsequent finanzieren und umsetzen; zuverlässige und pünktliche Verbindungen einfordern und Schlechtleistungen der Verkehrsunternehmen konsequent sanktionieren.
- Sozial gerechte Tarifangebote für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Seniorinnen und Senioren sowie Familien; Deutschlandticket-Anbindung sichern.
- On-Demand-Mobilität in alle bisher unversorgten Gemeinden mit klarem Zeitplan ausbauen; Bürgerbuskonzepte strukturell fördern; Mobilitätshubs als multifunktionale Knotenpunkte entwickeln (mit Umstieg, Verleih, Versorgung).

Schiene: Das Rückgrat der Metropolregion-Anbindung

Wir haben über 140.000 Pendlerbewegungen täglich im Landkreis, davon knapp die Hälfte nach Hamburg. Die Bahnstrecken sind das Rückgrat sozialer und klimagerechter Mobilität. Dafür brauchen wir bessere Takte, verlässlichen Betrieb, eine bessere Anbindung der Zwischenhalte und mehr Strecken durch Reaktivierungen. Barrierefreie Bahnhöfe und eine gute Anbindung an On-Demand-Angebote sind Voraussetzung für echte Unabhängigkeit vom Auto.

- Taktverdichtung auf RE/RB-Linien Hamburg – Winsen – Lüneburg und Hamburg – Buchholz – Tostedt einfordern.
- Halbstundentakt nach Vorbild des SPNV*-Konzepts 2040+ der LNVG anstreben.

*ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr | *RE/RB: Regional-Express / Regionalbahn

*SPNV: Schienenpersonennahverkehr | *LNVG: Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen GmbH
(Bestellerin des Schienenpersonennahverkehrs)



- Generalsanierung XXL 2029 nutzen: Auf der Strecke Hamburg – Lüneburg – Hannover müssen während der Generalsanierung 2029 kapazitätssteigernde Maßnahmen umgesetzt werden, um Überlastungen zu mindern und durch Verkehrsverlagerung zur Erreichung der Klimaziele beizutragen.
- Schieneninfrastruktur verbessern: Erneuerung der Stellwerkstechnik, Überwerfungsbauwerk Meckelfeld, Weichenverbindungen, gemeinsam mit Land und Bund einfordern.
- Reaktivierung der Verbindungen Buchholz – Jesteburg – Harburg, Soltau – Salzhäusen – Winsen, Tostedt – Zeven: der Landkreis nimmt eine aktive Rolle ein, u. a. durch Unterstützung von Machbarkeitsstudien.
- Barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe: klaren Zeitplan gegenüber Land und Bahn einfordern; Anbindung der Bahnhöfe an On-Demand-Mobilität sicherstellen.
- Zuverlässigkeitspakt mit DB, Start, S-Bahn Hamburg und Metronom: verbindliche Qualitätsstandards und strukturiertes Störungsmanagement einfordern.

Auto, Parken und dezentrale Versorgung

Dass der Autoverkehr im Landkreis wichtig bleibt, erkennen wir an. Keine pauschalen Fahrverbote, Erhaltung ausgewiesener Parkflächen und Ladezonen für Gewerbetreibende in Ortskernen. Aber konsequente Umstellung auf E-Mobilität und Umstieg auf Alternativen, wo immer es geht.

- Tempolimits und Verkehrsberuhigung in Dörfern und Wohngebieten: Kreisstraßen gestalten, Gemeinden bei der Beantragung entsprechender Regelungen unterstützen.
- Tempo 80 gegen Verkehrslärm: Auf Autobahnen, die durch dicht bebaute Gebiete führen, unterstützen wir Tempolimits von 80 km/h zur Lärmreduzierung, etwa in Seevetal, Rosengarten und Brackel.
- Park & Ride an Bahnhöfen und Autobahnauffahrten ausbauen; E-Ladeinfrastruktur auf kreiseigenen Liegenschaften als Vorbild; keine neuen Straßenbauprojekte ohne Nachweis der Klimaverträglichkeit.
- Dezentrale Versorgung stärken: mobile Einkaufsangebote und Lieferservices; kreiseigenes Praxismobil für Hausbesuche und digitale Verwaltungsservices vor Ort.

Kapitel 8:

Bildung und frühkindliche Erziehung

Gerecht. Wohnortnah. Zukunftsfähig. Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Herkunft und Wohnort.

Eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft beginnt mit einem Bildungssystem, das niemanden zurücklässt. Wer Familien stärken, Fachkräfte gewinnen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern will, muss in Kitas und Schulen investieren, für Chancen und Teilhabe von Anfang an. Alle Kinder und Jugendlichen sollen die gleichen Chancen erhalten, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand ihrer Eltern. Der Schülertourismus quer durch den Landkreis kostet jährlich rund 4,26 Millionen Euro. Diese Mittel könnten gezielt in bessere Lernbedingungen investiert werden.

Kitas: Bezahlbar, verlässlich, entwicklungsorientiert

Chancengleichheit beginnt vor der Einschulung. Die Kita-Bedarfsplanung muss die reale Nachfrage abbilden. Dazu gehört auch, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf systematisch berücksichtigt werden.

- Einführung einer landkreisweiten, qualitätsorientierten Bedarfsplanung, die wohnortnahe Kitaplätze sowie ausreichend Betreuungsplätze auch in den Randzeiten sicherstellt.
- Ausreichend finanzielle Mittel für Kinder mit besonderem Förderbedarf bereitstellen und Inklusionsplätze möglichst wohnortnah bereitstellen.
- Den Ausbau einer frühzeitigen, alltagsintegrierten Sprachförderung durch das Land konsequent einfordern.
- TVöD-konforme Bezahlung für alle Kita-Beschäftigten als Bedingung für Mittelvergabe: Fort- und Weiterbildungsprogramme unterstützen, vergleichbare Arbeitsbedingungen kreisweit einfordern.

*TVöD: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst



Kindertagespflege: flexibel, hochwertig, fair vergütet

Familien brauchen Betreuung, die zu ihrem Alltag passt. Gerade für Kinder unter drei Jahren und für flexible Zeiten ist die Kindertagespflege eine verlässliche, persönliche Ergänzung zur Kita. Wir wollen sie als gleichwertige Säule der frühkindlichen Bildung stärken, mit guter Qualifizierung und einer Finanzierung, die die tatsächlichen Kosten deckt.

- Bedarfsgerecht ausbauen: Kindertagespflege als gleichwertige Betreuungsform anerkennen und gezielt unterstützen.
- Qualität sichern: Qualifizierung, Fachberatung und Vertretungsregelungen stärken, verbindliche Qualitätsstandards und regelmäßige Fortbildungen etablieren.
- Faire Vergütung und verlässliche Finanzierung: eine Vergütung, die die tatsächlichen Kosten dauerhaft deckt, und eine öffentliche Finanzierung, die betreuungsfreie Tage (Urlaub, Krankheit, Fortbildung) angemessen berücksichtigt.
- Unbürokratische Verfahren für Tagespflegepersonen und Eltern: Zugang erleichtern, zentrale Information und Vermittlung ausbauen und so das Wahlrecht der Familien stärken.

Schule: Integriert, wohnortnah, lebendig

Die Vielzahl an Schulformen im Landkreis verwirrt Eltern und erzeugt Unsicherheiten. Gleichzeitig verursacht die Vielzahl an Schulformen eine überdimensionierte Infrastruktur mit zahlreichen Gebäuden, Verwaltungsstrukturen, einem erhöhten Personalbedarf und enormen Kosten für die Schülerbeförderung. Wir setzen auf eine klare Vereinfachung und stärkere Integration, ohne dass Bildungsabschlüsse verloren gehen.

- Oberschulen schrittweise zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln; Förderschulen stärker in das Regelsystem einbinden, – für echte Inklusion und bessere Ressourcennutzung.
- Wohnortnahe Beschulung: mindestens eine integrierte weiterführende Schule im Sekundarbereich I je Samt- oder Einheitsgemeinde; kurze Wege als Leitgedanke.
- Schulsozialarbeit dauerhaft finanzieren; Kooperationen mit Vereinen und Jugendangeboten für ganzheitliche Bildung; regionale und ökologische Schulverpflegung einführen.



- Berufsbildende Schulen in Buchholz und Winsen langfristig sichern; Neubau Winsen unterstützen; inhaltliche Schwerpunkte an Zukunftsberufen ausrichten.

Kapitel 9:

Gesundheit und Pflege

Nah. Menschlich. Zukunftssicher. Gute Gesundheitsversorgung für alle, wohnortnah und auf die Herausforderungen von morgen vorbereitet.

Die medizinische Versorgung steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Immer mehr ältere Menschen benötigen medizinische und pflegerische Unterstützung, während gleichzeitig viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und Therapeutinnen und Therapeuten in den Ruhestand gehen. Vor allem in ländlichen Regionen drohen Versorgungslücken. Doch dieser Wandel ist auch eine Chance, für neue Strukturen, für zukunftsweisende Versorgung und für eine innovative, bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, die sich konsequent am Menschen orientiert.

Vor Ort präsent, für Menschen erreichbar

Erprobte Konzepte wie die Stadt-Land-Praxis wollen wir weiterentwickeln. Nicht nur die Nachbesetzung haus- und kinderärztlicher Praxen ist wichtig. Für das geplante Primärversorgungssystem müssen Praxen erweitert und ihr Weiterbestehen gesichert werden. Kreis und Gemeinden können einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie passende Räume und digitale Infrastruktur bereitstellen und beim Aufbau therapeutischer Netzwerke unterstützen.

- Stadt-Land-Praxis weiterentwickeln und mit der Innovationsgruppe Gesundheit & Pflege zusammenführen, um gemeinschaftlich die Versorgungskonzepte für morgen zu entwickeln.
- Gesundheitskompetenz stärken: Mit verständlichen und innovativen Informationsformaten, Präventionsangeboten und niedrigschwelliger Beratung wie digitale Gesundheitslotsinnen und -lotsen in Kooperation mit Partnern einsetzen.
- Gesundheitsmanagement stärken, die innovative Versorgungskonzepte vorantreibt und die Kommunen des Kreises bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützt.



Kreiskrankenhäuser und Notfallversorgung

Unsere Kreiskrankenhäuser Buchholz und Winsen sowie die Waldklinik Jesteburg und die Klinik Ginsterhof sind wichtige Elemente der Gesundheitsregion. Die Krankenhausreform bringt tiefgreifende Veränderungen. Wir gestalten diesen Prozess aktiv mit und bekennen uns zur öffentlichen Trägerschaft.

- Gesundheitscampus auf Kreisebene entwickeln: Kliniken, Fachärztinnen und Fachärzte, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Pflege enger vernetzen; Kreiskrankenhäuser als Anker.
- Notfallversorgung durch Vernetzung der integrierten Leitstelle (IRLS*) und die Hotline 116117 der Kassenärztlichen Vereinigung verbessern.
- Einstufung unserer Kreiskrankenhäuser als Integrierte Notfallzentren (INZ*) aktiv unterstützen.
- Mobile Retter ausbauen; Gemeinde-Notfallsanitäterinnen und -sanitäter als Konzept erproben.

Pflege: Selbstbestimmt, wohnortnah, sozial gerecht

Menschen sollen so lange wie möglich selbstbestimmt zu Hause leben können. Dafür brauchen wir mehr wohnortnahe Angebote, bessere Beratung, barrierefreie Lebensräume und innovative Wohn- und Pflegeformen.

- Kurzzeitpflegeplätze ausbauen; pflegende Angehörige spürbar entlasten; Pflegestützpunkte als wohnortnahe Anlaufstellen koordinieren.
- Vorausschauende Pflegebedarfsplanung; Versorgungslücken für Kinder, junge Erwachsene und Menschen mit psychischen Erkrankungen gezielt schließen.
- Gute Rahmenbedingungen für Fachkräftegewinnung: bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Kitas, sichere Wege und gute Anbindung als Standortfaktoren kommunizieren.

*IRLS: Integrierte Regionalleitstelle (gemeinsame Leitstelle für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz)

*INZ: Integriertes Notfallzentrum (verzahnt Notaufnahme und ärztlichen Bereitschaftsdienst)

Kapitel 10:

Soziale Sicherung und Zusammenhalt

Gerecht. Solidarisch. Sicher. Ein starkes soziales Netz,
das Menschen trägt und stärkt.

Die medizinische Versorgung steht vor einem tiefgreifenden Wandel, auch durch die alternde Gesellschaft. Soziale Sicherheit ist keine Zusatzleistung, sondern Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer hier lebt, soll hier gut versorgt sein: mit einer bezahlbaren Wohnung, mit einer Kita, die gut erreichbar ist, mit Unterstützung in Notlagen. Frühe Investitionen in Prävention sparen das Fünffache an späteren Folgekosten. Jeder Euro, den wir heute investieren, vermeidet Leid und Reparaturkosten. So schützen wir die Menschen im Landkreis und den kommunalen Haushalt.

Kinder- und Jugendhilfe: Investition in die Zukunft

Wir wollen ein gut vernetztes Hilffssystem, das allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten bietet, die sie für eine gesunde Entwicklung, gute Bildung und gelingende soziale Teilhabe brauchen. Dabei setzen wir auf zuverlässige Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, ein solides Jugendamt, ausreichende therapeutische Angebote und aktive Präventionsarbeit.

- Offene Kinder- und Jugendarbeit erhalten: klares Bekenntnis des Kreistags als Standard in allen Gemeinden; Jugendverbände und -Freizeiten kontinuierlich fördern.
- Jugendamt gut aufstellen: transparentes Monitoring aller Stellen, professionelle Mitarbeitendenbefragungen, zügige Nachbesetzung offener Stellen.
- Präventionsprogramme gegen Gewalt, Sucht und digitale Fehlentwicklungen stärken; Übergangsbegleitung nach Schulabschluss durch Berufsvorbereitung und Mentoring ausbauen.
- Familienzentren einrichten: frühzeitige, niedrigschwellige Förderangebote, Beratung, Sprachkurse, erste therapeutische Maßnahmen.



Inklusion: Von Anfang an und überall

Inklusion ist ein Menschenrecht und in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert. Der Landkreis gestaltet seine Angebote und Strukturen so, dass alle Menschen selbstbestimmt, barrierefrei und gleichberechtigt von Beginn an am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- Eine Kreisverwaltung, die unterstützt, berät und Teilhabe ermöglicht, um Inklusion als Querschnittsaufgabe in Verwaltung, Bildung und Sozialpolitik zu verankern.
- Inklusions-Check bei wichtigen Kreisentscheidungen; Inklusionsbeirat fest in relevante Ausschüsse (Schule, Sport, Bauen) integrieren; regelmäßige Schulungen zu Teilhaberechten in der Verwaltung durchführen.
- Barrierefreie Schulgebäude mit ausreichend Fachpersonal; Schulbegleitung bedarfsgerecht ausbauen und die Qualität sichern; individuelle Bildungswege konsequent fördern.
- Bürgernahe und inklusive Verwaltung: Leistungen schnell, transparent und unbürokratisch; persönlicher Service bleibt parallel zu digitalen Angeboten erhalten.

Schutz, Beratung, Ehrenamt und Integration

Wer Hilfe braucht, soll sie finden, ohne von Amt zu Amt geschickt zu werden. Wer sich ehrenamtlich engagiert oder neu im Landkreis ankommt, soll die Unterstützung erhalten, die er braucht, um anzukommen und beitragen zu können.

- Koordinierende Anlaufstelle als erste Adresse für alle Menschen im Landkreis; digitales Hilfsverzeichnis aufbauen; internationale Konventionen (Istanbul*, UN-BRK*) konsequent umsetzen.
- Frauenhäuser ausbauen: 24-Stunden-Notruf, kindgerechte Übergangsunterkünfte, finanzielle Absicherung; Schutz- und Beratungsangebote für FLINTA*, queere Menschen und Geflüchtete erweitern.
- Ehrenamt strukturell fördern: hauptamtliche Unterstützung, kostenfreie Räume, Freistellungsmöglichkeiten; Agentur für Ehrenamt und digitale Ehrenamtsbörse aktualisieren.
- Integration als Chance: dezentrale Unterbringung (max. zwei Personen pro Zimmer), kostenlose Sprachkurse, Kooperationsprogramme für Arbeitsmarktintegration von Anfang an.

*Istanbul Konvention: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt | *UN-BRK: UN-Behindertenrechtskonvention | *FLINTA: Frauen, Lesben, inter-, nicht-binäre, trans- und a-gender- Personen

Kapitel 11: Wirtschaft

Lokal verwurzelt und zukunftsfähig. Wohlstand sichern,
Wertschöpfung im Landkreis halten und dabei
ökologisch handeln.



Der Landkreis Harburg verbindet ländliche Lebensqualität mit wirtschaftlicher Dynamik und der Nähe zur Metropolregion Hamburg. Er verfügt über eine überdurchschnittliche Kaufkraft, doch ein erheblicher Teil fließt täglich in die Metropole ab. Unser Ziel ist es, mehr Wertschöpfung vor Ort zu halten, neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dabei gilt für uns: Ökologie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erfolg gehören untrennbar zusammen. Wirtschaften darf die natürlichen Lebensgrundlagen nicht übernutzen.

Regionale Wertschöpfung stärken und Kaufkraft binden

Kommunale Aufträge sind ein mächtiges Instrument für regionale Wirtschaftsförderung. Wir wollen, dass öffentliche Gelder möglichst im Landkreis wirken, durch faire Vergabe, regionale Lieferketten und genossenschaftliche Versorgungsmodelle.

- Regionale Vergabe als Standard: kommunale Aufträge so gestalten, dass regionale und mittelständische Unternehmen bessere Chancen erhalten; Tarifbindung und Ressourceneffizienz als verbindliche Kriterien auf Basis des NTVergG* etablieren.
- Kreislaufwirtschaft ausbauen: Reparatur, Wiederverwendung und geschlossene Stoffkreisläufe systematisch fördern; öffentliche Hand als Transformationstreiber bei nachhaltigen Lösungen.
- Fördermittel des LEADER*-Programms gezielt für Direktvermarktung, genossenschaftliche Versorgungsmodelle und regionale Nahversorgung einsetzen.

Energiewende als wirtschaftlicher Motor

Die Energiewende ist ein zentraler Baustein für nachhaltiges Wirtschaften. Sie bietet zugleich große Chancen für regionale Wertschöpfung und Beschäftigung, wenn wir sie so gestalten, dass die Gewinne im Landkreis bleiben.

*NTVergG: Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz

*LEADER: EU-Förderprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raums



- Bürgerenergie und kommunale Beteiligung stärken; Einnahmen aus Windenergie gemäß den gesetzlichen Vorgaben des NWindPVBetG* transparent ausweisen und zweckgebunden für lokale Infrastruktur und Klimaschutzmaßnahmen einsetzen.
- Fachkräfte für die Transformation qualifizieren: Berufsbildende Schulen auf erneuerbare Energien und klimaneutrales Handwerk ausrichten; regionale Betriebe bei Ausbildungskooperationen unterstützen.
- Wirtschaftsförderung als Transformationsbegleitung: Unterstützung bei klimaneutralen Geschäftsmodellen, Digitalisierung und Ressourceneffizienz; Verwaltungsverfahren beschleunigen.

Gute Arbeit und Gemeinwohl

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet auch soziale Verantwortung. Gute Arbeitsbedingungen und faire wirtschaftliche Strukturen sind zentrale Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für einen Landkreis, der Fachkräfte anzieht und hält.

- Tarifbindung bei allen Kreisaufträgen als verbindliches Vergabekriterium; gemeinwohlorientierte Unternehmensformen (Genossenschaften, Sozialunternehmen) fördern.
- Zukunftsbranchen entwickeln: Gesundheitswirtschaft, nachhaltige Dienstleistungen und digitale Wirtschaft als Wachstumsfelder gezielt stärken.
- Gründungen fördern, insbesondere im nachhaltigen und sozialen Bereich; neue Arbeitsformen unterstützen, die Mobilität reduzieren und regionale Bindung stärken.

*NWindPVBetG: Niedersächsisches Gesetz über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen

Kapitel 12:

Kritische Infrastrukturen

Verlässlich. Klimaresilient. Krisenfest. Infrastruktur trägt das Leben im Landkreis, sie muss dauerhaft finanziert und widerstandsfähig gemacht werden.

Ein Landkreis funktioniert nur, solange seine Grundstrukturen verlässlich arbeiten: die Feuerwehr, die nachts ausrückt; die Straße, die nach dem nächsten Starkregen noch befahrbar ist, die Müllabfuhr, die kommt, die Wasserversorgung, die auch im Krisenfall funktioniert. Diese Infrastruktur ist nicht selbstverständlich, sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, die dauerhaft finanziert und weiterentwickelt werden müssen. Und sie ist untrennbar mit dem Klimawandel verbunden: Starkregen setzt Straßen unter Wasser, Hagel zerstört Dächer und Ernte, Hitzerekorde gefährden Menschen und Technik, Straßen und Gleise. Trockenheit gefährdet die Wasserversorgung.

Freiwillige Feuerwehren: Rückgrat der lokalen Sicherheit

Im Landkreis Harburg gibt es keine Berufsfeuerwehr: Rund 95.000 ehrenamtliche Feuerwehrleute schützen in Niedersachsen die Menschen. Was die Bürgerinnen und Bürger hier schützt, ist ausschließlich ehrenamtliches Engagement. Dieses Engagement verdient nicht nur Respekt, sondern verlässliche, bedarfsgerechte Unterstützung.

- Neubau und Modernisierung der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ*) als zentrale Ausbildungs-, Logistik- und Technischeinrichtung der Kreisfeuerwehr unterstützen, um sie für die Anforderungen des Klimawandels zu wappnen.
- Kreisweite Aus- und Fortbildung sowie gemeinsame Übungen für Waldbrand-, Hitze- und Starkregeneinsätze fördern; Jugendfeuerwehren und Hilfsorganisationen (DRK, DLRG, JUH*) als Nachwuchsstrukturen stärken.
- Freistellung im Ehrenamt: Landkreis stellt eigene Beschäftigte vorbildlich frei; niemand darf wegen ehrenamtlichen Engagements berufliche Nachteile haben.
- Vernetzte Katastrophenschutzstrukturen: gemeinsame Übungen und abgestimmte Einsatzpläne.
- Engagement der Bevölkerung im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz durch gezielte Ansprache und neue Beteiligungsformate stärken.

*FTZ: Feuerwehrtechnische Zentrale | *DRK: Deutsches Rotes Kreuz | *DLRG: Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft |

*JUH: Johanniter-Unfall-Hilfe



- Freiwillige Resilienzkonzepte zum Schutz kritischer Infrastrukturen nach dem Allgefahrenansatz (des KRITIS Dachgesetzes*) für kommunale Versorgungseinrichtungen entwickeln.

Straßen und Wege: Erhalten vor Neubau, klimaresilient gestalten

Kreisstraßen sind Daseinsvorsorge, sie verbinden Orte, sichern Erreichbarkeit und müssen gegen Klimaextreme gewappnet sein. Wer heute spart, zahlt morgen das Dreifache.

- Klimaresilienz als Planungsstandard bei jeder Sanierung: Entwässerung, Versickerungsflächen, Begrünung; kein Neu- oder Umbau ohne Starkregenprüfung.
- Radwege als eigenständige Infrastrukturaufgabe: eigener Etatposten, Zeitplan und Vollständigkeitsziel.
- Keine neue Flächenversiegelung für Autoinfrastruktur ohne Nachweis der Alternativlosigkeit.

Abfallwirtschaft, Wasser und öffentliche Gebäude

Kommunale Infrastruktur ist mehr als Logistik. Die Abfallwirtschaft kann echte Kreislaufwirtschaft sein, die Wasserversorgung muss dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben, und öffentliche Gebäude sind Orte des Zusammenlebens, nicht nur Verwaltungsgebäude.

- Kreislaufwirtschaft bei der AWG*: Getrenntsammlung ausbauen, Repair-Cafés und Tauschbörsen fördern; Transparenz über Entsorgungswege jährlich berichten; sozial gerechte Gebührenstruktur sichern.
- Wasser ist keine Ware: Öffentliche Trägerschaft der Wasserversorgung sichern, Leitungsnetze modernisieren, erneuerbare Energien für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nutzen.
- Kreiseigene Gebäude langfristig erhalten, energetisch sanieren und barrierefrei machen; Dorfgemeinschaftshäuser, Büchereien und Jugendzentren durch Beratung und Fördermittelvermittlung unterstützen.

*KRITIS-Dachgesetz: Gesetz zum Schutz kritischer Infrastrukturen (Einrichtungen, deren Ausfall die Daseinsvorsorge gefährdet) | *AWG: Abfallwirtschaftsgesellschaft



Digitale Verwaltung: Infrastruktur für das tägliche Leben

Eine verlässliche kommunale Infrastruktur schließt heute die Verwaltung selbst mit ein. Wer einen Gewerbeschein beantragt oder einen Bauantrag stellen möchte, soll das digital tun können, ohne lange Wartezeiten und weite Wege zu Verwaltungsstellen.

- Online-Zugangsgesetz (OZG) vollständig und mit veröffentlichtem Zeitplan umsetzen, datenschutzkonforme KI-Plattform für alle Kommunen schaffen, Kontaktpersonen für Digitalisierung in jeder Fachstelle einsetzen.
- Datensparsamkeit und Open-Source-Präferenz: öffentliche Gelder, öffentlicher Code.
- Kreisweite, datenschutzkonforme KI-Plattform für alle Verwaltungen im Kreisgebiet bereitstellen.
- Barrierefreie digitale Angebote: Verwaltungsdigitalisierung darf ältere Menschen und Menschen ohne digitale Ausstattung nicht ausschließen, persönlicher Service bleibt parallel erhalten.
- Glasfaser- und Mobilfunkausbau kreisübergreifend koordinieren; unterversorgte Ortschaften und kleinere Gemeinden priorisieren.

Das GRÜNE Wahlprogramm | Kreis Harburg-Land 2026 | Kapitel 12: Kritische Infrastrukturen

Kontakt

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Harburg-Land
Michaela Mahler und Philip Schlumbohm, Kreissprecher:innen
vorstand@gruene-kreis-harburg.de

Entwickelt wurde das Programm von Mitgliedern und Kandidierenden aus dem gesamten Kreisgebiet:

Kathleen Schwerdtner-Mañez (Natur und Umwelt), María Mañez (Klimaresilienz), Elisabeth Bischoff, David Lieske, Julia Meuser (Landwirtschaft), Elisabeth Bischoff, Philip Schlumbohm, Julia Meuser (Bauen, Wohnen und Raumordnung), Christoph Heeckt, Michaela Mahler, Julia Meuser, (Energie), Lennart Fahnenmüller, Ulrike Müller, Julia Meuser (Mobilität), Alex Brammer, Angela Sanchez, Yanneck Band, Janine Herzberger (Bildung und Soziales), Oliver Martini und Angela Sanchez (Gesundheit und Pflege), Bianca Tacke, Oliver Martini, Julia Meuser (Wirtschaft) sowie Sonja Hesse und Christoph Kröger (Infrastruktur)



gruene-kreis-harburg.de